

Sammlung

der zur Veröffentlichung freigegebenen Beschlüsse der
225. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder
vom 17. bis 19.06.26 in Hamburg

TOP 34: Stärkung der Inneren Sicherheit durch effektive Bekämpfung linksextremistischer Strukturen

Beschluss:

1. Die IMK stellt fest, dass Linksextremismus insbesondere in Anbetracht von Angriffen auf Einrichtungen kritischer Infrastruktur, gewaltsamen Ausschreitungen und einer zunehmenden (internationalen) Vernetzung innerhalb der Szene – weiterhin eine hohe Bedrohung für die Gesellschaft und die freiheitliche demokratische Grundordnung als solche darstellt. Sie betrachtet mit Sorge, dass der organisierte Linksextremismus in zunehmendem Maße auch zivilgesellschaftlich relevante Themen (u. a. Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit, Wehrpflicht) instrumentalisiert, um in breite gesellschaftliche Schichten vorzudringen und dabei immer jüngere Menschen, und insbesondere auch Schülerinnen und Schüler, zu erreichen. Vor diesem Hintergrund kommt der Verabredung im Koalitionsvertrag auf Bundesebene zur Erarbeitung einer Strategie zur konsequenten Verfolgung und Bekämpfung linksextremistisch motivierter Straftaten und Strukturen eine besondere Bedeutung zu.
2. Sie bittet das BMI, alle rechtlichen Möglichkeiten für ein vollständiges Verbot des linksextremistischen Portals „indymedia.org“ zu prüfen und sich innerhalb der Bundesregierung für ein solches einzusetzen. Die IMK weist darauf hin, dass das Straf- und Gefahrenabwehrrecht bereits zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Rechtsgrundlagen für ein entschiedenes Vorgehen gegen das Portal „indymedia.org“, insbesondere durch Beschlagnahmen der Webseiten, Löschungsaufforderungen gegenüber den Hosting-Providern sowie den Erlass von Netzsperrern als ultima ratio bieten. Von diesen Möglichkeiten ist in der Vollzugspraxis konsequenter Gebrauch zu machen.

Sammlung

der zur Veröffentlichung freigegebenen Beschlüsse der

225. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder

vom 17. bis 19.06.26 in Hamburg

noch TOP 34

3. Die IMK bittet das BMI, die internationale Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden zur Bekämpfung grenzüberschreitend agierender linksextremistischer Netzwerke, insbesondere auf europäischer Ebene bestehende Kooperations- und Informationsaustauschformate, intensiv zu nutzen. Sie bittet das BMI ferner, – für den Fall der Verabschiedung – auf eine Umsetzung der im BPolG-E vorgesehenen Instrumente der Bundespolizei zur Durchsetzung von Ein- und Ausreiseuntersagungen hinzuwirken, die gegenwärtig vorhandenen Rechtsgrundlagen zur Beschränkung der Freizügigkeit gewaltbereiter (Links-)Extremisten zu nutzen und die Schaffung weiterer Möglichkeiten zur Freizügigkeitsbeschränkung zu prüfen.
4. Sie bittet das BMI, den Ländern bis zur Herbstsitzung 2026 ein aktuelles „Bundeslagebild gewaltorientierter Linksextremismus“ vorzulegen, das insbesondere aktuelle Entwicklungen, Vernetzungsstrukturen sowie Mobilisierungspotenziale innerhalb der Szene darstellt.

Sammlung

der zur Veröffentlichung freigegebenen Beschlüsse der

225. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder

vom 17. bis 19.06.26 in Hamburg

**TOP 35: Weiterentwicklung der Möglichkeiten zur Bekämpfung des
Linksextremismus sowie der Austauschformate der
Sicherheitsbehörden**

Beschluss:

1. Die IMK nimmt mit Sorge die zunehmende Anzahl an Straf- und Gewalttaten aus dem linksextremistischen Spektrum zur Kenntnis.
2. Um die Möglichkeiten der Sicherheitsbehörden zur Aufklärung oder Bekämpfung des gewaltbezogenen Linksextremismus, insbesondere zur Verhinderung und Verfolgung von Straftaten, zu erhöhen, sieht die IMK das Erfordernis den Informationsaustausch zwischen den Sicherheitsbehörden zu intensivieren.
3. Die IMK bittet das BMI, Maßnahmen zur Intensivierung des Informationsaustausches zu entwickeln und den Ländern entsprechende Vorschläge zu unterbreiten.